



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

FORUM  
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

## „RELIGION, KIRCHEN UND GESELLSCHAFT“

ERGEBNISSE EINER UMFRAGE  
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

VIOLA NEU



*Zwischen dem 7. und 17. Dezember 2009 wurden in den alten Ländern 2006 und in den neuen Ländern 986 Interviews erhoben. Die telefonische Befragung wurde von der Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Der Datensatz ist proportional gewichtet. Die Umfrage ist repräsentativ für die deutschen Wahlberechtigten. Damit fand die Umfrage vor dem Rücktritt der EKD-Vorsitzenden Margot Käßmann und vor der Debatte um die Missbrauchsfälle innerhalb der katholischen Kirche statt. Inwieweit dies Einfluss auf langfristige Einstellungen zu Religion und Kirche hat, muss spekulativ bleiben. Vgl. die Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach: „Schwere Zeiten für die Kirche“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.6.2010. Neben Umfragen der KAS wurde die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (im weiteren Allbus) von 2002 hinzugezogen (Codebuch Nr. 3700, Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln).*

## INHALT

5	1. EINLEITUNG
7	2. RELIGION, GLAUBE UND KIRCHEN
11	3. KONFESSION UND RELIGIÖSE EINSTELLUNGEN IN DEN ANHÄNGERSCHAFTEN DER PARTEI
18	4. EINSTELLUNGEN ZU RELIGION UND KIRCHE
24	5. EINSTELLUNGEN ZU KIRCHEN UND POLITIK
29	6. GESELLSCHAFTLICHE FRAGEN UND GLAUBEN
35	7. ZUSAMMENFASSUNG
37	DIE AUTORIN
37	ANSPRECHPARTNERIN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.*

# 1. EINLEITUNG

In einer Fülle von Studien hat die Wahlforschung zwei Befunde bestätigt: Die Gruppen, die aufgrund ihrer sozialstrukturellen Bedingungen und somit aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem sozialen oder weltanschaulichen Milieu ein bestimmtes Wahlverhalten zeigen, werden kleiner. Mit den Daten der Forschungsgruppe Wahlen hat Dieter Roth<sup>1</sup> diesen Prozess so dargestellt: Betrug der Anteil der Katholiken mit starker Kirchenbindung 1969 noch über 40 Prozent (an der CDU-Wählerschaft), so sank er bis 2009 auf 11 Prozent. Für die SPD ist parallel der Anteil der gewerkschaftsorientierten Arbeiter in der Wählerschaft von 25 auf 9 Prozent zurückgegangen. Somit haben die gesellschaftlichen Konfliktlinien (*Cleavages*), obwohl sie fortexistieren, auf das Abschneiden der Parteien eine nachlassende Wirkung. Gleichmaßen wurde in den Milieus in Folge der gesellschaftlichen Mobilität und dem Prozess der Individualisierung das Gruppenbewusstsein geschwächt. Daher hat die Gruppennorm für immer weniger Angehörige dieser Milieus eine bindende Wirkung. Arzheimer/Schoen schreiben, dass „trotz mancher Verschiebungen auch noch Ende der achtziger Jahre die Zugehörigkeit zu den *Cleavage*-Gruppen einen Teil des Wahlverhaltens zu erklären vermochte, wenngleich der Erklärungsbeitrag absolut betrachtet durchaus bescheiden war“.<sup>2</sup>

Im Mittelpunkt der Studie stehen die Einstellungen der Deutschen in Bezug auf Religion, Glauben und Kirchen in der Gesellschaft. Entwicklungen im Zeitverlauf sollen hierbei näher beleuchtet werden.

- 1| Vortrag bei der Akademie für politische Bildung Tutzing vom 5. November 2009 zum Thema „Bundestagswahl 2009. Angela Merkel regiert (mit Schwarz-Gelb, das ist neu!)“.  
Vgl. Dieter Roth, Andreas M. Wüst, *Die Ablösung der Großen Koalition, Volksparteien im Tief oder: Angela Merkel wechselt ihren Koalitionspartner*, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), *Am Ende der Gewissheiten, Wähler, Parteien und Koalitionen in Bewegung*, München, 2011, S. 289. Die Werte sind grafisch dargestellt.
- 2| Kai Arzheimer, Harald Schoen, *Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert?*, in: Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel, Jürgen W. Falter (Hrsg.), *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, 2007, S. 91.

## 2. RELIGION, GLAUBE UND KIRCHEN

In der Umfrage, deren Grundgesamtheit wahlberechtigte Deutsche bilden, sind 33 Prozent katholischen Glaubens, 37 Prozent evangelisch, 24 Prozent konfessionslos und 5 Prozent gehören einer anderen Glaubensrichtung an.<sup>1</sup>

Der Anstieg der Konfessionslosen von 1991 bis 2001 kann nicht ausschließlich durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Folge der deutschen Vereinigung erklärt werden, sondern auch durch Austritte, die durch Zuwanderung nicht im vollen Umfang kompensiert werden. Aufgrund der geringen Fallzahl sind Aussagen über diejenigen, die einer anderen Glaubensrichtung angehören, mit Vorsicht zu treffen: Doch von einem leichten Anstieg kann man durchaus sprechen, wahrscheinlich verursacht durch die Einbürgerung von Muslimen.

Zwischen der wahlberechtigten Bevölkerung und der Bevölkerung in Deutschland gibt es demnach deutliche Unterschiede; konfessionell gebundene Wähler sind in Umfragen im Vergleich zur Bevölkerung überrepräsentiert. Der Anteil der Protestanten an der Gesamtbevölkerung beträgt 30,5 Prozent (2,5 Prozent gehören anderen christlichen Glaubensgemeinschaften wie der orthodoxen Kirche oder den Freikirchen an). Katholiken stellen 31,2 Prozent der Bevölkerung. 34,5 Prozent gehören keiner oder einer anderen Glaubensrichtung an.<sup>2</sup> Aufgrund der Altersstruktur der Wähler ist der Anteil der Konfessionslosen und derjenigen, die einer ande-

ren Glaubensrichtung angehören, niedriger als in der Bevölkerung, zu der auch Ausländer und unter 18-Jährige zählen.

#### Konfessionelle Zusammensetzung der Wählerschaft

Jahr	evangelisch			katholisch			andere			keine		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
1971	50	-	-	44	-	-	2	-	-	4	-	-
1981	49	-	-	44	-	-	2	-	-	5	-	-
1989	46	-	-	46	-	-	2	-	-	6	-	-
1991	42	43	35	38	46	5	1	1	1	18	8	57
2001	35	38	22	34	41	5	3	3	2	28	17	70
2009	37	39	31	33	39	7	5	6	2	24	16	60

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Insgesamt gehen 9 Prozent der Befragten regelmäßig in die Kirche. Davon gehören 7 Prozent dem katholischen und 3 Prozent dem evangelischen Glauben an (die Differenz zu 9 Prozent ergibt sich aufgrund von Rundungen). Gelegentlich (wenigstens einmal im Jahr) gehen 35 Prozent der Befragten. So gut wie nie in die Kirche begeben sich 26 Prozent (seltener als einmal im Jahr/nie). 30 Prozent der Teilnehmer an der Umfrage wurden aufgrund ihrer Konfessionslosigkeit oder der Zugehörigkeit zu anderen Glaubensrichtungen hierzu nicht befragt.

Nur bezogen auf die Gruppe der Protestanten und Katholiken sieht man im Zeitverlauf eine leichte Abnahme der Kirchgangsfrequenz. Gingen 1971 noch ca. ein Viertel der konfessionell gebundenen Wähler wenigstens einmal im Monat in die Kirche, trifft dies 2009 auf etwa jeden Zehnten zu. Deutlich zugenommen hat die Gruppe derer, die wenigstens einmal im Jahr einen Gottesdienst besuchten: von etwa der Hälfte 1971 auf zwei Drittel 2009. Der Anteil derer, die seltener als einmal im Jahr die Kirche besucht, bewegt sich seit den 1970er Jahren auf etwa dem gleichen Niveau. Ein gutes bis ein knappes Fünftel bleibt den Kirchen generell fern. Auch hier sind die Unterschiede zwischen den konfessionell Gebundenen in den alten und den neuen Ländern eher gering.

#### Kirchgangshäufigkeiten von Katholiken und Protestanten

Jahr	regelmäßig			gelegentlich			selten/nie		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
1971	23	-	-	48	-	-	25	-	-
1981	19	-	-	54	-	-	28	-	-
1989	17	-	-	57	-	-	26	-	-
1991	15	15	13	59	58	59	27	27	28
2001	12	12	11	64	64	72	23	24	16
2009	13	13	11	66	65	72	21	21	17

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Die höchste Kirchgangshäufigkeit<sup>3</sup> der konfessionell Gebundenen findet sich bei den über 60-Jährigen, von denen 17 Prozent noch wöchentlich in die Kirche gehen. 15 Prozent der über 60-jährigen Männer und 20 Prozent der Frauen gehen regelmäßig in die Kirche. Je jünger die Befragten sind, desto größer ist der Anteil derjenigen, die nicht mehr (seltener als einmal im Jahr) in die Kirche gehen. Der gleiche Zusammenhang besteht auch in Bezug zur Kirchenbindung. Hier sind es vor allem über 60-jährige Frauen, die sich einer Kirche stark verbunden fühlen (33 Prozent).

Von allen Befragten<sup>4</sup> fühlen sich 17 Prozent den Kirchen stark verbunden, 44 Prozent etwas verbunden und 32 Prozent fühlen sich den Kirchen überhaupt nicht verbunden. Betrachtet man im Zeitverlauf die Entwicklung bei den Mitgliedern einer Konfessionsgemeinschaft, sind die Veränderungen ausgesprochen gering, ebenso die Unterschiede zwischen Ost und West. Seit den 1980er Jahren hat etwa ein Viertel der Katholiken und Protestanten eine starke Kirchenbindung.

### Kirchenbindung von Katholiken und Protestanten

Jahr	stark			etwas			keine		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
1981	26	-	-	56	-	-	19	-	-
1989	20	-	-	55	-	-	24	-	-
1991	22	21	20	55	54	67	24	25	14
2001	23	23	23	59	58	60	18	18	17
2009	24	24	25	55	54	60	21	21	17

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht,  
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Von denen, die konfessionslos sind, gehörten 43 Prozent niemals einer Konfession oder Glaubensgemeinschaft an. 19 Prozent gehörten früher dem katholischen und 36 Prozent dem evangelischen Glauben an. 10 Prozent der Konfessionslosen könnten sich vorstellen, wieder einer Glaubensgemeinschaft beizutreten.

- 1| *Wie in jeder Umfrage gibt es auch hier einen Stichprobenfehler, der die Schwankungen im Zeitverlauf erklären könnte. Bei einem Anteilswert von 10 Prozent liegt der wahre Wert zwischen 8,5 und 11,5 Prozent. Bei 40 Prozent ist von einem Intervall von 37,5–42,5 Prozent auszugehen.*
- 2| *Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 2008, S. 388 ff. In der Bundesrepublik hat der Islam schätzungsweise 3,2 Millionen Anhänger.*
- 3| *Diese Frage wurde nur Katholiken und Protestanten gestellt.*
- 4| *Katholiken, Protestanten und Konfessionslose.*

## 3. KONFESSION UND RELIGIÖSE EINSTELLUNGEN IN DEN ANHÄNGERSCHAFTEN DER PARTEIEN

Insgesamt bestehen Unterschiede zwischen den Anhängerschaften der Parteien in Bezug auf religiöse Einstellungen, doch sind die Niveauunterschiede eher bescheiden.

Traditionell – wie auch in dieser Umfrage – sind in der Anhängerschaft der Unionsparteien Katholiken über- und Konfessionslose unterrepräsentiert, während bei der SPD Protestanten überrepräsentiert sind. Doch sind sich die Anhängerschaften der Parteien in konfessioneller Hinsicht verhältnismäßig ähnlich, wenn es auch zu ungewöhnlichen Schwankungen kommen kann. Im zeitlichen Umfeld der Bundestagswahl 2009 ist der Anteil katholischer FDP-Wähler angestiegen. Diese Schwankung dürfte kurzfristigen Verschiebungen zwischen den Potentialen von Union und FDP geschuldet sein, die sich in aktuellen Umfragen nicht mehr finden. Die FDP hat zwar proportional einen Zuwachs an Katholiken 2009 verzeichnen können, quantitativ bleibt die CDU aber bei Katholiken die Partei mit dem stärksten Rückhalt.

Aus den Wahlergebnissen der darauffolgenden Wahlen ergeben sich keine Anzeichen von einer dauerhaften oder gar gestiegenen Anbindung von Katholiken an die FDP. Die Anhängerschaft der Linken hat eine klare kontinuierliche

konfessionelle Prägung, die sich auch in der Umfrage findet: 56 Prozent der Anhänger der Partei sind konfessionslos (Durchschnitt: 24 Prozent). Sie ist somit die Partei der Konfessionslosen.

#### Welcher Konfession oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?

Konfession	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
katholisch	40	26	43	17	32
evangelisch	41	42	28	22	39
keine	16	24	25	56	25
andere	3	8	4	5	4
<b>Kirchgang (nur Katholiken und Protestanten: Anteil an der Gesamtwählerschaft)</b>					
regelmäßig	17	6	3	2	8
gelegentlich	43	34	38	10	38
selten/nie	20	28	30	26	25

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

In Bezug auf die Kirchgangshäufigkeit sticht abermals die Anhängerschaft der Linken hervor, die sich durch eine große Kirchenferne auszeichnet. In der Anhängerschaft der Union ist die Kirchgangshäufigkeit zwar höher als bei anderen Parteien, doch gehen auch dort nur noch 17 Prozent regelmäßig in die Kirche und weitere 43 Prozent gelegentlich. Davon sind 12 Prozent Katholiken und 5 Prozent Protestanten.

Wie in den anderen Wählerschaften dominiert auch im Unionspotential die Gruppe mit einer mäßigen Bindung an die Kirchen (44 Prozent der Anhänger der Union und 44 Prozent im Durchschnitt). Doch sind bei den Unionsanhängern mit 31 Prozent diejenigen besonders stark vertreten, die eine starke Bindung an die Kirchen vorweisen (Bevölkerungsdurchschnitt: 17 Prozent). Während 32 Prozent aller Befragten keine Kirchenbindung angeben, sagen dies im Unionspotential 21 Prozent.

Nicht sehr stark ausgeprägt sind die Unterschiede auch in Bezug auf die Herkunft. 17 Prozent der Unionsanhänger sagen, sie kämen aus einem sehr religiösen Elternhaus; weitere 37 Prozent bezeichnen ihr Elternhaus als „ziemlich“ religiös. Damit wuchs etwa die Hälfte der Unionsanhänger in einer religiös geprägten Umgebung auf.

#### Wie oft gehen Sie im Allgemeinen in die Kirche? Mehrmals in der Woche, einmal in der Woche, mindestens einmal im Monat, mehrmals im Jahr oder nie?

Konfession + Kirchgang	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
katholisch mind. 1 x wöchentlich	12	3	3	1	5
katholisch mehrm. im Jahr	21	13	25	5	16
katholisch seltener/nie	7	10	15	10	11
evangelisch mind. 1 x wöchentlich	5	3	0	1	3
evangelisch mehrm. im Jahr	23	21	13	5	22
evangelisch seltener/nie	13	19	15	16	14

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, 30 % der Befragten, die konfessionslos sind oder einer anderen Glaubensrichtung angehören, wurden nicht befragt.

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

#### Welche Bedeutung hatten Religion oder Kirche in Ihrem Elternhaus? Kommen Sie aus einem sehr religiösen, ziemlich religiösen, weniger religiösen oder überhaupt nicht religiösen Elternhaus?

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
sehr religiös	17	11	14	5	10
ziemlich religiös	37	26	31	19	25
weniger religiös	36	52	43	47	46
überhaupt nicht religiös	10	11	12	27	19

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

#### Religiosität im Elternhaus

	1993		2009	
	Alle	katholisch + evangelisch	Alle	katholisch + evangelisch
sehr religiös	13	16	13	23
ziemlich religiös	35	42	29	43
weniger religiös	33	32	43	30
überhaupt nicht religiös	14	6	15	3

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Im zeitlichen Verlauf steigt der Anteil derer, die im Elternhaus keine religiöse Prägung mehr erfahren haben. Mittlerweile stammen 58 Prozent aus einem nicht-religiösen Elternhaus. Der Anstieg ist im Zeitverlauf, wie auch bei allen anderen Indikatoren, moderat, aber stetig. Gleichermäßen sieht man, dass der Einfluss des Elternhauses auf die religiösen Grundeinstellungen einwirkt. Das Fehlen von familiären religiösen Traditionen, von einer religiösen Sozialisation, hat unmittelbar Auswirkungen auf den individuellen Glauben. 67 Prozent derjenigen, die aus einem religiösen Elternhaus stammen, glauben an Gott. In der Kontrastgruppe ist der umgekehrte Zusammenhang erkennbar. 83 Prozent derjenigen, die weder an Gott noch an eine geistige Macht glauben, bezeichnen auch ihr Elternhaus als nicht-religiös.

Zu den Wesensmerkmalen des Christentums gehört der Glaube an ein Leben nach dem Tod. Hier zeigen sich die Befragten gespalten. 44 Prozent glauben an ein Leben nach dem Tod, 49 Prozent schließen dies aus. Verknüpfungen in den Überzeugungssystemen Gottesglaube und Wiedergeburt (im Sinne der östlichen Religionen) sind bei einem Teil sich nicht ausschließende Prinzipien, was ein Hinweis darauf ist, dass der Gottesglaube nicht nur christlich unterlegt sein könnte. Die Sehnsucht nach Spiritualität könnte sich in dieser Haltung widerspiegeln, was allerdings in dieser Umfrage nicht untersucht wurde.

In Glaubensfragen sind die bekannten Unterschiede zwischen Ost und West nach wie vor sichtbar. Allerdings sind im Vergleich zu Anfang der 1990er Jahre die Differenzen geringer geworden, was auf den Zuzug von Mitgliedern einer Konfessionsgemeinschaft in die neuen Länder und die Abwanderung von Konfessionslosen in die alten Länder zurückgeführt werden kann. Mit der Wanderungsbewegung lässt sich auch die Abnahme der Konfessionslosen in den neuen Ländern begründen. Doch erklärt dies nur bedingt die Zunahme des Glaubens an ein Leben nach dem Tod in den alten Ländern von 37 auf 49 Prozent und in den neuen Ländern von 10 auf 24 Prozent (Vergleichszeitpunkte 1991, 2009). Da gleichermaßen der Anteil der Unentschlossenen zwischen den beiden Umfragen deutlich sank, kann dies zur Erklärung hinzugezogen werden.<sup>1</sup> Doch wäre für eine Überprüfung des Zusammenhangs ein anderes Frageformat notwendig, in dem die gleichen Personen interviewt werden (Panel-Umfrage).

### Glauben Sie an ein Leben nach dem Tod?

An ein Leben nach dem Tod...	2009		1991	
	West	Ost	West	Ost
... glaube ich	49	24	37	10
... glaube ich nicht	44	69	42	80
... weiß nicht	8	7	22	10

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

### Welche der folgenden Aussagen kommt Ihren Überzeugungen am nächsten?

Ich glaube an...	2009		2002*		1991	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
leibhaftigen Gott	31	15	28	12	29	8
geistige Macht	35	17	38	17	27	13
weiß nicht richtig	13	16	15	16	25	18
keinen Gott, Macht	17	47	19	57	18	59

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

\* persönlicher Gott; Allbus

Im Zeitverlauf ist in den neuen Ländern ein Rückgang atheistischer sowie agnostischer Glaubensvorstellungen und eine leichte Zunahme von Gottesglauben oder dem Glauben an eine geistige Macht feststellbar. In den alten Ländern glaubt etwa je ein Drittel entweder an Gott oder an eine geistige Macht. Trotz gegenseitiger Annäherung sind die Unterschiede nach wie vor beträchtlich. Während etwa zwei Drittel im Westen als gläubig bezeichnet werden können, stehen umgekehrt fast zwei Drittel im Osten Glaubensfragen sehr reserviert gegenüber.

Der Gottesglaube<sup>2</sup> ist in der Anhängerschaft der C-Parteien stärker repräsentiert als im Bevölkerungsdurchschnitt. 38 Prozent der Anhänger der Union sagen, sie würden an den leibhaftigen Gott glauben (Durchschnitt 28 Prozent). Andererseits sind diffuse Glaubensvorstellungen nicht anders verteilt als in der Bevölkerung. 33 Prozent der Anhänger der Union sagen, sie würden an eine geistige Macht glauben (Durchschnitt 32 Prozent).



Die stärkere Glaubensaffinität spiegelt sich auch in anderen Glaubensfragen wider. 67 Prozent der Unionsanhänger ziehen aus dem Glauben Trost und Kraft<sup>3</sup> (Durchschnitt 55 Prozent); 50 Prozent glauben an ein Leben nach dem Tod (Durchschnitt 44 Prozent) und 23 Prozent glauben an den Teufel (Durchschnitt 19 Prozent).

#### Ziehen Sie persönlich aus dem Glauben Trost und Kraft?

Ziehe aus Glauben...	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
Trost und Kraft	67	54	53	33	53
ist nicht der Fall	14	22	20	23	23
glaube nicht Gott, Macht	16	22	27	42	21

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht,  
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

#### Glauben Sie an ein Leben nach dem Tod?

An ein Leben nach dem Tod...	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
...glaube ich	50	43	41	33	47
...glaube ich nicht	42	51	56	61	42
weiß nicht	9	7	3	5	12

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht,  
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Somit sind Glaubensinhalte in der Anhängerschaft der Unionsparteien stärker verbreitet als im Durchschnitt der Bevölkerung. Die Anhänger der Union lassen sich nach wie vor durch religiöse Einstellungen oder Glaubensfragen abgrenzen. Die Unterschiede zwischen den anderen Anhängerschaften (außer der Anhängerschaft der Linken) sind nicht außerordentlich groß. Von einer weltanschaulich-religiösen besonderen Prägung der Unionsanhängerschaft lässt sich nicht uneingeschränkt sprechen. Insgesamt sind es vor allem die älteren Anhänger der Union, bei denen Glaubensvorstellungen weit verbreitet sind. Der hohe Rückhalt der Union in dieser Altersgruppe erklärt zu einem großen Teil die Unterschiede der Unionsanhängerschaft zu den anderen Parteien.

- 1| *Nicht auszuschließen ist, dass auch der Wechsel der Befragungsmethoden (von Face-to-Face auf telefonische Interviews) einen Effekt hat. Allerdings sind diese Erklärungsansätze spekulativ. Im Kontext mit der Frage nach dem Gottesglauben könnte sich jedoch ein Ansatz ergeben: In den alten Ländern ist zwischen 1991 und 2002 der Anteil derjenigen zurückgegangen, die unsicher waren, was sie glauben sollen, während gleichzeitig der Anteil derjenigen gewachsen ist, die an irgendeine geistige Macht glauben. Der Zuwachs von diffusem Glauben könnte sich im Glauben an ein Leben nach dem Tode manifestieren. Dies ist zwar nicht gesichert, da eine Prüfung anhand der Daten nicht erfolgen kann, doch ist es nicht unplausibel.*
- 2| *23 Prozent aller Befragten glauben weder an einen Gott noch an eine Macht und 14 Prozent zeigen sich in Glaubensfragen unschlüssig.*
- 3| *Den Befragten, die angaben, weder an einen Gott noch an eine geistige Macht zu glauben, wurde die Frage nach Trost und Kraft nicht gestellt.*

## 4. EINSTELLUNGEN ZU RELIGION UND KIRCHE

Religion und Kirche – also Glaube und die jeweilige Institution – können sehr unterschiedlich bewertet werden. Man kann selbst ein sehr religiöser Mensch sein, ohne der Institution nahe zu stehen. Ebenso ist der umgekehrte Fall denkbar: Auch Menschen, die weder Mitglied einer konfessionellen Gemeinschaft noch im engeren Sinne Gläubige sind, können den Institutionen aus unterschiedlichen Motiven heraus positiv gegenüber stehen.

Generell zeigt sich in dieser Umfrage, dass Religion kein negatives Image hat. In der sehr allgemeinen Frage, ob die Welt friedlicher wäre, wenn es keine Religionen gäbe, sagen 70 Prozent, dass dies nicht so sei. 27 Prozent vermuten hingegen, dass die Welt friedlicher wäre, wenn es keine Religion gäbe. Doch sind die Unterschiede in dieser Frage zwischen den sozialstrukturellen Gruppen weniger stark ausgeprägt als bei anderen Fragen.

Man kann die Anhänger der Parteien zwar nicht über einen Kamm scheren, jedoch liegen zwischen ihnen keine Welten. Überall sind absolute Mehrheiten der Ansicht, dass die Welt auch ohne Religion nicht friedlicher würde. Bemerkenswerterweise ist im Zeitverlauf auch sichtbar, dass weniger Menschen Religion eine negative Auswirkung auf den Frieden zuschreiben. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die

Anschläge des 11. September 2001 mittlerweile weniger gegenwärtig sind, als sie es zum Untersuchungszeitpunkt 2002 waren.

### Die Welt wäre friedlicher, wenn es keine Religion gäbe.

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
stimme zu	23	29	30	34	26
stimme nicht zu	75	68	70	62	71

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

### Die Welt wäre friedlicher, wenn es keine Religion gäbe.

	2009		2002*	
	West	Ost	West	Ost
stimme voll und ganz zu	12	14	15	20
stimme eher zu	14	14	26	28
stimme eher nicht zu	31	36	33	31
stimme überhaupt nicht zu	40	31	28	21

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

\* Allbus

„Religion ja, Kirche nein“ markiert die Differenzierung zwischen persönlichem Glauben und der Institution. Auch hier zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen den Gruppen recht schwach ausgeprägt sind. Insgesamt machen 56 Prozent aller Befragten keinen Unterschied, für 38 Prozent ist Religion im Unterschied zur Kirche positiv besetzt. Interessanterweise zeichnen sich hier zwischen konfessionell gebundenen und konfessionslosen Befragten keine generellen Unterschiede ab, innerhalb der Gruppe konfessionell gebundener Wähler hingegen schon. So ist bei Katholiken mit einer hohen Kirchgangsfrequenz eine hohe Übereinstimmung von Religion und Kirche prägend (zu 80 Prozent). Wie bei vielen anderen Befunden auch, ist die Konfession für die Bewertung von Religion und Kirche weniger relevant als die Kirchenbindung.

Für ein Drittel der Anhänger der Union hat die Religion ein positives und die Kirche eher ein negatives Image. Bei den Anhängerschaften der anderen Parteien gibt es mehr Anhänger, die stärker zwischen Religion und Kirche differenzieren als in der Union. Doch sind (außer bei den

Grünen) die Unterschiede nicht erheblich. Im Zeitverlauf sind die Einstellungen zu dieser Frage ausgesprochen stabil. Auch sind die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern recht schwach ausgeprägt.

#### Religion ja, Kirche nein.

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
stimme zu	33	42	41	42	49
stimme nicht zu	61	54	56	52	47

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

#### Religion ja, Kirche nein.

	2009		1991	
	West	Ost	West	Ost
stimme zu	40	30	44	30
stimme nicht zu	55	59	56	68

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

36 Prozent lehnen sowohl den Glauben als auch die Institutionen ab („Mit Kirche und Religion habe ich selbst nichts im Sinn“). Bei jüngeren Befragten, Konfessionslosen, Bürgern aus den neuen Bundesländern und Anhängern der Linkspartei finden sich überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte. Anhänger der CDU/CSU, aber auch der FDP, lehnen die radikale Position am deutlichsten ab. Antireligiöse und antikirchliche Positionen finden lediglich in der Anhängerschaft der Linken nennenswerte Unterstützung, während auch Anhänger der Grünen und der SPD sich mehrheitlich gegen eine Ablehnung von Religion und Kirche aussprechen. Auch in dieser Frage bleiben die Einstellungen im Zeitverlauf ausgesprochen stabil. Die säkularisierte Gesellschaft ist also mitnichten religions- oder kirchenfeindlich.<sup>1</sup>

#### Mit Kirche und Religion habe ich selbst nichts im Sinn.

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
stimme zu	26	40	28	57	36
stimme nicht zu	73	59	71	41	63

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

#### Mit Kirche und Religion habe ich selbst nichts im Sinn.

	2009		1991	
	West	Ost	West	Ost
stimme zu	31	54	38	52
stimme nicht zu	67	45	62	47

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Insgesamt ergeben sich bei Fragen nach der Bedeutung von Religion und Kirche verhältnismäßig schwache Unterschiede zwischen den Unionsanhängern und der Gesellschaft. 26 Prozent der Anhänger der Unionsparteien sagen von sich, sie hätten mit Religion prinzipiell nichts im Sinn (Bevölkerung: 36 Prozent). Ein Drittel der Unionsanhänger lehnt zwar die Kirchen, nicht aber die Religion ab (Durchschnitt 38 Prozent) und 23 Prozent stimmen der Aussage zu, dass ohne Religion die Welt friedlicher wäre (Bevölkerung: 27 Prozent).

Die Haltung gegenüber Religion ist von einer Vielzahl von Faktoren geprägt. In der Umfrage wollten wir zudem herausfinden, ob der eigene Glaube einen Einfluss darauf hat, wie man andere Religionen bewertet. Dazu konnten die Befragten aus drei Aussagen die auswählen, die der eigenen Meinung am ehesten entspricht. Als dogmatische Antwortvorgabe diente die Aussage „Es gibt nur eine wahre Religion“. Die Position der Anerkennung anderer Glaubensrichtungen war durch die Aussage „In vielen Religionen kann man wichtige Wahrheiten finden“ markiert. Für diejenigen, die Religionen jegliche positive Deutungsmacht absprechen, gab es als Vorlage „In keiner Religion kann man wichtige Wahrheiten finden“. Beide dogmatisch formulierten Aussagen stießen nur auf geringe Unterstützung (8 Prozent „nur eine wahre Religion“; 18 Prozent „in keiner Religion kann man wichtige Wahrheiten finden“). Die absolute Mehrheit der Befragten (67 Prozent) entschied sich für die Position, dass man in vielen Religionen wichtige Wahrheiten finden könne.

**Welcher der folgenden Aussagen würden Sie am ehesten zustimmen?**

Wahrheit gibt es...	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
...nur in einer Religion	10	8	3	6	4
...in vielen Religionen	72	70	75	62	85
...in keiner Religion	13	17	17	24	7

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht,  
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

**Welcher der folgenden Aussagen würden Sie am ehesten zustimmen?**

Wahrheit gibt es...	2009		2002*	
	West	Ost	West	Ost
...nur in einer Religion	8	8	12	8
...in vielen Religionen	70	54	76	59
...in keiner Religion	16	27	13	33

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht,  
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

\* Allbus

Während im Zeitverlauf sowie zwischen den Anhängerschaften der Parteien nur mäßige Differenzen und Veränderungen hervortreten, gibt es bei dieser Frage sozialstrukturell bedingte Haltungen. Vor allem Befragte mit einem höheren Bildungsniveau sind der Ansicht, dass in vielen Religionen Wahrheiten zu finden seien (87 Prozent). Dem stimmen nur 57 Prozent der Befragten mit einem niedrigeren Bildungsniveau zu. Befragte aus Haushalten mit vier und mehr Kindern sind gegenüber dem Religionspluralismus etwas verhaltener (Zustimmung 55 Prozent). Erwartungsgemäß findet sich in den neuen Bundesländern mit einem Anteil von 54 Prozent eine schwache Zustimmung gegenüber dem Wahrheitsgehalt von Religionen, was daran liegt, dass dort der Wert von Religion kritischer bewertet wird als in den alten Bundesländern. Besonders skeptisch gegenüber dem Wahrheitsgehalt von Religionen sind un- und angelernte Arbeiter. 31 Prozent sehen in keiner Religion wichtige Wahrheiten. Protestanten mit einer hohen Kirchgangsfrequenz stimmen zu 36 Prozent der Aussage zu, es gäbe nur „eine wahre“ Religion. Bei den Katholiken mit hoher Kirchenbindung sind es lediglich 17 Prozent, die sagen, es gäbe nur eine „wahre“ Religion.

- 1| *Ob die Missbrauchsfälle langfristige Auswirkungen auf die Einstellungen gegenüber diesen Dimensionen haben, kann nicht beurteilt werden. In vielen Fällen relativieren sich kurzfristige Einbrüche in der Akzeptanz, wie sie in unterschiedlichen Umfragen gemessen wurden, wieder.*

## 5. EINSTELLUNGEN ZU KIRCHEN UND POLITIK

Die Kirchen gehören zu den Institutionen, die sich auch im politischen Diskurs regelmäßig zu Wort melden. Dabei ist die Themenpalette recht weit gefächert. Repräsentanten der Kirchen nehmen zu politischen Maßnahmen Stellung, bei deren Umsetzung sie eine Konfrontation mit dem Glauben vermuten. Regelmäßig stehen so die Familien- oder die Forschungspolitik im Zentrum der Äußerungen. Das Verhältnis zwischen Politik und Kirchen ist somit mitunter nicht ganz spannungsfrei.

Doch wie sehen die Bürger die Rolle, welche Kirchen und Glauben im politischen Diskurs einnehmen sollen? In der Umfrage haben wir nach unterschiedlichen Dimensionen des Einflusses von Religion auf die Politik gefragt. Insgesamt ist der Wunsch, dass Religion im politischen Leben einen größeren Einfluss haben sollte, nicht stark ausgeprägt. Die Befunde sprechen dafür, dass sich die Befragten für eine klare Trennung von Kirche und Politik aussprechen.

Zunächst wurde auf einer sehr allgemeinen Ebene nach der Relevanz von Glauben bei der Auswahl von Repräsentanten gefragt. Der Aussage „Es wäre besser für Deutschland, wenn mehr Menschen mit einer starken religiösen Überzeugung öffentliche Ämter inne hätten“<sup>1</sup> stimmen 27 Prozent zu und 70 Prozent stimmen dem nicht zu. In der Anhängerschaft

der Union sind 37 Prozent dieser Ansicht, während in der Anhängerschaft der Linken lediglich 11 Prozent hier zustimmen. Im Zeitverlauf sind die Unterschiede – auch zwischen den alten und den neuen Ländern – eher schwach ausgeprägt.

**Es wäre besser für Deutschland, wenn mehr Menschen mit einer starken religiösen Überzeugung öffentliche Ämter inne hätten.**

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
stimme zu	37	23	27	11	26
stimme nicht zu	61	75	71	85	72

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Ähnlich sind die Ansichten zu der Aussage „Die Kirchenoberhäupter sollen nicht versuchen, die Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen“. 63 Prozent sprechen sich für einen geringeren Einfluss, 33 Prozent für einen größeren Einfluss aus. Hier sind sich die Anhängerschaften der Parteien auch weitgehend einig. Gegenüber 1993 sind die Veränderungen vor allem im Bereich der Unentschlossenen auszumachen, die 2009 angewachsen sind.

**Die Kirchenoberhäupter sollen nicht versuchen, die Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen.**

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
stimme zu	65	66	62	57	64
stimme nicht zu	33	32	35	40	35

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

**Die Kirchenoberhäupter sollen nicht versuchen, die Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen.**

	1993	2009
stimme zu	72	63
stimme nicht zu	28	33

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Ebenfalls schwach fällt die Zustimmung zu einem stärkeren Einfluss der Kirchen in der CDU aus. „Die Standpunkte der Kirchen sollten in der CDU ein stärkeres Gewicht haben“ sagen 27 Prozent. 66 Prozent sprechen sich dagegen aus. Auch im CDU-Wählerpotential findet sich hierfür keine Mehrheit. So begrüßen 38 Prozent der CDU-Anhänger ein stärkeres Gewicht der kirchlichen Standpunkte. In einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2002 spiegeln sich die gesellschaftlichen Veränderungen wider, die sich auch im CDU-Potential niederschlagen. 2002<sup>2</sup> lehnten 49 Prozent der CDU-Anhänger einen größeren Einfluss der Kirchen auf die Positionen der CDU ab; 2009 sind es 59 Prozent. 2002 wünschten sich 45 Prozent einen stärkeren Einfluss der kirchlichen Standpunkte in der CDU, 2009 sinkt der Wert auf 38 Prozent.

#### **Die Standpunkte der Kirchen sollten in der CDU stärkeres Gewicht haben.**

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
stimme zu	38	23	27	19	22
stimme nicht zu	59	71	72	72	70

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

#### **Die Standpunkte der Kirchen sollten in der CDU stärkeres Gewicht haben.**

	2002	2009
stimme zu	36	27
stimme nicht zu	55	66

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

In der Gesellschaft wird generell der Einfluss von Kirchen auf die Politik recht kritisch bewertet. Wie bereits dargestellt, lehnen 63 Prozent die Einflussnahme von Kirchen auf politische Entscheidungen ab. Die Anhänger der Unionsparteien unterscheiden sich hier kaum von den Anhängern der anderen Parteien. Von ihnen sprechen sich 65 Prozent gegen den Einfluss von Kirchenoberhäuptern aus. Auch bei religiösen Überzeugungen von Amtsinhabern sind die Anhänger der Union nicht weit von der Bevölkerung entfernt. 70 Prozent aller Befragten und 61 Prozent der

Unionsanhänger begrüßen es nicht, wenn mehr Menschen mit einer starken religiösen Überzeugung öffentliche Ämter innehätten. Auch in einer weiteren Dimension – der des Einflusses von Kirchen auf die Politik – unterscheiden sich die Unionsanhänger kaum von der Bevölkerung. 66 Prozent der Befragten und 59 Prozent der Anhänger der Union lehnen es ab, dass die Standpunkte der Kirchen in den Unionsparteien ein stärkeres Gewicht haben sollen. Damit steht die Unions-Anhängerschaft den möglichen Einflussnahmen der Kirchen zwar nicht ganz so ablehnend gegenüber wie die Gesellschaft, doch spricht sich eine klare Mehrheit gegen eine stärkere Gewichtung kirchlicher Positionen aus.

Wie bei allen Fragen, die religiöse Einstellungen und Verhaltensweisen berühren, so lassen sich auch hier eindeutige Gruppen identifizieren, die sich deutlich in ihrer Haltung von anderen unterscheiden lassen. Je älter ein Befragter ist, desto größer ist seine Akzeptanz von kirchlichem Einfluss. Dies gilt insbesondere für über 60-jährige Frauen. Besonders groß ist der Kontrast zwischen Alter und Geschlecht bei der Frage nach religiös orientierten Amtsinhabern. Während 41 Prozent der über 60-jährigen Frauen dies begrüßen würden, sind es bei den 18- bis 34-jährigen Männern 14 Prozent.

Doch sind auch unter den konfessionell gebundenen Befragten deutliche Unterschiede feststellbar. Konfessionslose lehnen den Einfluss der Kirchen auf die Politik oder in der CDU/CSU sehr deutlich ab. Während 36 Prozent der Katholiken sich mehr Menschen mit starker religiöser Orientierung wünschen, sind es bei den Konfessionslosen gerade acht Prozent.

Zum gut dokumentierten Forschungsstand der Wahlsoziologie gehört der Befund, dass sich die Unterschiede zwischen den Konfessionen im Zeitverlauf nivelliert haben. Die ursprünglich konfessionelle Konfliktlinie hat sich über die Jahrzehnte zu einer religiösen entwickelt. Demnach ist weniger die Konfession ausschlaggebend für das Wahlverhalten denn die religiöse Grundeinstellung und die Intensität des Glaubens.<sup>3</sup> Protestanten und Katholiken, die über eine starke Kirchenbindung verfügen (gemessen an der Kirchengangshäufigkeit), stehen sich inhaltlich sehr nahe. Je geringer die Bindung an die Kirchen ist, desto stärker lehnen die Befragten beider Konfessionen politischen Einfluss ab. Während z. B. 73 Prozent der Katholiken und 66 Prozent der Protestanten mit einer starken Kirchenbindung es positiv empfinden, wenn mehr religiöse Menschen öffentliche Ämter innehätten, sind es bei den kirchenfernen Katholiken 15 und den

kirchenfernen Protestanten 17 Prozent. Damit sind die kirchenfernen Angehörigen beider Konfessionen den Konfessionslosen in ihren Einstellungen näher als ihrer eigenen Glaubensgemeinschaft.

Sieht man von den kleinen Gruppen der kirchennahen Gläubigen beider Konfessionen einmal ab, gibt es in keiner Gruppe eine Mehrheit für einen größeren Einfluss von Kirchen und kein Bedürfnis nach einer stärkeren Repräsentation von Personen mit religiösen Einstellungen. Dies gilt auch für die Anhängerschaft der CDU/CSU. 37 Prozent der Unionsanhänger (Durchschnitt: 27 Prozent) glauben, dass es besser für Deutschland wäre, gäbe es mehr Amtsinhaber mit starken religiösen Überzeugungen, 33 Prozent (Durchschnitt: 33 Prozent) würden einen stärkeren Einfluss auf Entscheidungen der Bundesregierung begrüßen und 38 Prozent (Durchschnitt: 27 Prozent) würden den Standpunkten der Kirchen in der CDU ein stärkeres Gewicht einräumen.

Bei der zukünftigen Bedeutung der Religion für die Menschen in Deutschland erwarten die meisten Befragten keine Veränderung. 53 Prozent sind der Meinung, dass sich in Zukunft nicht viel ändern werde, 21 Prozent vermuten, Religion würde wichtiger, und 23 Prozent erwarten eher einen Bedeutungsverlust.

- 1| Die Antwortvorgaben „stimme voll zu/stimme eher zu“ sowie „stimme überhaupt nicht zu/stimme eher nicht zu“ wurden zusammengefasst.
- 2| Vgl. Bernhard Vogel (Hrsg.), *Religion und Politik. Ergebnisse und Analysen einer Umfrage, Freiburg im Breisgau, 2003.*
- 3| Vgl. Karl Schmitt, 1984, *Inwieweit bestimmt auch heute noch die Konfession das Wahlverhalten? In: Gerhard Schmidtchen (Hrsg.), Konfession eine Nebensache? Politische, soziale und kulturelle Ausprägungen religiöser Unterschiede in Deutschland, Stuttgart, S. 21.57; Christof Wolf, 1996, Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft, Politische Vierteljahresschrift 37, S. 713-734.*

## 6. GESELLSCHAFTLICHE FRAGEN UND GLAUBEN

Religiöse Einstellungen und Überzeugungen können Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Gesellschaftspolitik haben. Wir haben in der Umfrage versucht, einige wenige Bereiche abzufragen, bei denen Glauben Auswirkungen auf die Haltung der Befragten haben könnte.

In der politischen Diskussion steht in letzter Zeit vermehrt die Frage nach der Integration von Muslimen im Vordergrund. Umstritten ist unter anderem, ob es Islamunterricht an deutschen Schulen geben sollte. Hierzu haben wir gefragt, ob es an staatlichen Schulen auch Islamunterricht, nur christlichen Religionsunterricht oder überhaupt keinen Religionsunterricht geben soll. Das Meinungsbild hierzu lässt keinen klaren Trend erkennen. 35 Prozent sprechen sich dafür aus, dass es auch Islamunterricht geben sollte, 30 Prozent sind gegen jeglichen Religionsunterricht und 28 Prozent sprechen sich für ausschließlich christlichen Religionsunterricht aus.

In der Gruppe, in der man es vielleicht am wenigsten vermuten würde, ist die Toleranz gegenüber Islamunterricht besonders ausgeprägt: Katholiken und hier besonders die Katholiken mit einer starken Kirchenbindung sind offener für Islamunterricht als Protestanten mit einer starken Kirchenbindung. Während 55 Prozent der kirchennahen Katholiken

auch für einen Islamunterricht votieren, sind es bei den kirchennahen Protestanten 27 Prozent. Von ihnen plädiert eine Mehrheit von 53 Prozent dafür, dass es nur christlichen Religionsunterricht geben soll. Konfessionslose sind hingegen mehrheitlich (56 Prozent) gegen jeglichen Religionsunterricht an staatlichen Schulen.

Die Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften fallen verhältnismäßig gering aus. Bei den Anhängern der Grünen findet sich eine überdurchschnittlich starke Zustimmung, auch Islamunterricht anzubieten. Bei den Anhängern der Linken ist die Ablehnung jeglichen Religionsunterrichtes besonders stark ausgeprägt.

Im Zeitverlauf zeigen sich nur geringe Veränderungen. In den alten Ländern ist die Zustimmung zum Islamunterricht von 2002 bis 2009 gesunken, allerdings hat der Anteil in dieser Frage Unentschlossener zugenommen. In den neuen Ländern ist die Ablehnung jeglichen Religionsunterrichtes zurückgegangen, doch ist dort die Zustimmung zum Islamunterricht mit 18 Prozent eher niedrig.

**Es wird darüber diskutiert, ob es an staatlichen Schulen in Deutschland Islamunterricht für muslimische Kinder geben sollte. Wie ist Ihre Meinung dazu? Sollte es an staatlichen Schulen auch Islamunterricht geben, sollte es nur christlichen Religionsunterricht geben oder sollte es überhaupt keinen Religionsunterricht geben?**

An staatlichen Schulen...	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
auch Islamunterricht	33	40	33	32	48
nur christlichen Religionsunterricht	36	25	30	16	15
keinen Religionsunterricht	25	32	33	47	30
weiß nicht	6	3	4	5	8

An staatlichen Schulen...	2009		2002	
	West	Ost	West	Ost
auch Islamunterricht	39	18	49	18
nur christlichen Religionsunterricht	28	28	27	23
keinen Religionsunterricht	26	49	25	56

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Für 52 Prozent der Befragten ist es immer schlecht für ein Kind, wenn es bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwächst. 46 Prozent stimmen dieser Aussage nicht zu. Vor allem Männer (63 Prozent) sorgen sich um das Kindeswohl bei einer Erziehung durch nur ein Elternteil.

Zwischen den Parteianhängerschaften lassen sich feine Unterschiede ausmachen. Aufgrund unterschiedlicher Familienbilder und Werteorientierungen lassen sich die Anhänger der Grünen und der Union als Antipoden beschreiben, auch wenn die Differenzen insgesamt nicht überbewertet werden sollten. 58 Prozent der Grünen sehen keine negativen Auswirkungen auf das Kindeswohl, wenn es bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwächst; innerhalb der Unionsanhängerschaft beträgt der Anteil 43 Prozent.

**Es ist immer schlecht für ein Kind, wenn es bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwächst.**

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
stimme zu	56	53	52	47	40
stimme nicht zu	43	45	46	49	58

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Auch in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs zeichnet sich ab, dass nur Minderheiten sich grundsätzlich gegen jegliche Form der Abtreibung aussprechen. 18 Prozent sind der Meinung, dass ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich verboten sein sollte. Bei Katholiken (49 Prozent) wie Protestanten (47 Prozent) mit hoher Kirchgangsfrequenz findet sich eine besonders starke Zustimmung zum Abtreibungsverbot.

Auch in dieser Frage sind die Unterschiede zwischen den Parteien zwar vorhanden, aber nicht übermäßig stark ausgeprägt, Grüne und CDU-Anhänger bilden erneut die Pole. In der Union sind 23 Prozent für ein absolutes Abtreibungsverbot, bei den Grünen sind es neun Prozent.



### Schwangerschaftsabbruch sollte grundsätzlich verboten sein.

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
stimme zu	23	17	13	13	9
stimme nicht zu	76	81	84	86	87

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht,  
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

77 Prozent äußern sich bejahend auf die Aussage „Einem unheilbar Kranken sollte auf Verlangen Sterbehilfe gewährt werden“. 17 Prozent lehnen Sterbehilfe ab. Auch hier weichen Befragte mit einer hohen Kirchengangshäufigkeit vom Durchschnitt ab, indem sie der Gewährung von Sterbehilfe deutlich skeptischer gegenüberstehen.

In dieser Frage stehen sich die Anhänger der Union und der Grünen nahe, bei denen die Zustimmung zur Sterbehilfe mit jeweils 72 Prozent etwas verhaltener ausfällt als bei den anderen Anhängerschaften.

### Einem unheilbar Kranken sollte auf Verlangen Sterbehilfe gewährt werden.

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
stimme zu	72	80	87	89	72
stimme nicht zu	22	17	12	11	22

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht,  
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Große Sorgen bereitet 54 Prozent die Umweltverschmutzung, 41 Prozent sorgen sich sehr, auf der Verliererseite zu stehen, und 29 Prozent machen sich Sorgen, dass die traditionellen Werte und Lebensweisen immer mehr verloren gehen. Wie bei anderen Fragen zeigen die kirchennahen Christen hier ein vom Durchschnitt abweichendes Muster. Von ihnen sind mehr als die Hälfte sehr über den Verlust von traditionellen Werten besorgt. Doch bedeutet dies nicht im Umkehrschluss, dass sie der Ansicht sind, dass es in unserer heutigen Gesellschaft keine Ideale mehr gäbe, an denen man sich orientieren könne. Vom Bevölkerungsdurchschnitt von 30 Prozent weichen sie so gut wie nicht ab. Starke Zustimmung findet vor allem bei Katholiken mit hoher Kirchengangshäufigkeit die Aussage, dass es die natürliche Berufung der Frau sei, ein Klima der Geborgenheit für die Familie zu schaffen. In dieser Gruppe sagen dies

73 Prozent (Durchschnitt 48 Prozent). Bei Verschwörungstheorien zeigt sich hingegen kein Zusammenhang. 38 Prozent aller Befragten sind der Ansicht, dass die meisten Menschen keine Ahnung haben, wie stark ihr Leben von geheimen Abmachungen kontrolliert wird. Die kirchennahen Christen befinden sich hier etwa im arithmetischen Mittel.

Bei der Sorgenstruktur ergeben sich hingegen bei den Anhängern der Parteien durchaus unterschiedliche Gewichtungen. Ein hohes Sorgen-niveau ist in der Anhängerschaft der Linken insgesamt signifikant. Besonders hoch (mit 62 Prozent) ist der Anteil der Anhänger der Linken, die sich darüber Sorgen machen, dass viele Menschen auf der Verliererseite des Lebens stehen. Wie bei den Grünen ist bei ihnen die Sorge um die Umweltverschmutzung besonders stark verbreitet. Anhänger der Union und der Linken sorgen sich leicht überdurchschnittlich um den Verlust von traditionellen Werten und Lebensweisen.

### Ich lese Ihnen nun einige Dinge vor, über die sich manche Menschen Sorgen machen. Sind Sie deshalb sehr besorgt, etwas besorgt oder überhaupt nicht besorgt?

*Die traditionellen Werte und Lebensweisen gehen immer mehr verloren.*

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
sehr besorgt	34	28	24	33	23
etwas besorgt	54	55	55	49	57
überhaupt nicht besorgt	12	16	21	17	19

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht,  
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

*Die gesellschaftliche Entwicklung führt immer mehr dazu, dass viele Menschen auf der Verliererseite des Lebens stehen.*

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
sehr besorgt	35	44	36	62	49
etwas besorgt	52	48	49	32	41
überhaupt nicht besorgt	12	7	15	6	9

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht,  
Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

*Die Umweltverschmutzung wird unsere natürlichen Lebensgrundlagen vernichten.*

	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne
sehr besorgt	47	56	46	73	71
etwas besorgt	48	41	44	23	26
überhaupt nicht besorgt	5	3	10	4	2

Fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe/weiß nicht, Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2009

Zusammenfassend sind die Unterschiede zwischen Anhängern der Union und Anhängern anderer Parteien in Bezug auf religiöse Toleranz nicht extrem unterschiedlich. 67 Prozent der Befragten und 72 Prozent der Unionsanhänger stimmen darin überein, dass man in vielen Religionen wichtige Wahrheiten finden kann. Selbst in der durchaus polarisierenden Frage, ob es an staatlichen Schulen auch Islamunterricht geben sollte, weichen die Unions-Anhänger kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt ab. So sagen 33 Prozent der Anhänger der Unionsparteien, es soll auch Islamunterricht geben; im Bevölkerungsdurchschnitt liegt der Anteil bei 35 Prozent. Ein kleiner Unterschied ist lediglich in der Frage zu finden, ob es überhaupt keinen Religionsunterricht geben sollte. Hier ist die Unions-Anhängerschaft etwas unterrepräsentiert. Dementsprechend leicht größer ist der Anteil innerhalb der potentiellen Wählerschaft der Union, der sich ausschließlich für christlichen Religionsunterricht ausspricht (36:28 Prozent).

## 7. ZUSAMMENFASSUNG

Große Akzeptanz und eine starke Identifizierung mit Glaube und Kirche finden sich durchweg in bestimmten sozialen Gruppen: Bei über 60-Jährigen, dort vor allem bei den Frauen, Befragten mit einem eher niedrigen Bildungsniveau und insgesamt einem eher schwächeren ökonomischen Status, bei Bewohnern von kleineren und mittleren Gemeinden sowie Mitgliedern größerer Familien (mehr als vier Kinder) sind religiöse Einstellungen überdurchschnittlich präsent.

Die Befragten stehen Religion, Glaube und den Kirchen aufgeschlossen gegenüber. Auch bei konfessionell ungebundenen Befragten lassen sich kaum Ressentiments gegenüber Religion(en) festmachen. Doch werden Einflussversuche der Kirchen auf die Politik eher kritisch gesehen. Gleichermaßen sind die Christen gegenüber anderen Religionen tolerant.

Diese Zahlen spiegeln Trends wider, die seit Jahrzehnten beobachtet werden. Die Säkularisierung schreitet recht allmählich fort, doch zeigen sich keine Hinweise darauf, dass sich diese Entwicklung umkehrt. Vermutlich wird sich ein stetiger, aber moderater Wandel fortsetzen. Dies liegt daran, dass auf religiöse Grundeinstellungen der Lebenszyklus einen schwachen Einfluss ausübt. Wer jung ein gläubiger Christ ist, wird auch im Alter mit hoher Wahrscheinlichkeit ein gläubiger Christ sein. Individuelle Einstellungsveränderungen dürfen eine kleinere Rolle spielen, denn wer abends

als gläubiger Christ einschläft, wacht nicht am nächsten Morgen als Nihilist auf.

Doch bedeutet die relativ große Distanz, welche die Mehrheit der Deutschen den Kirchen zeigt, nicht, dass es keine einzelnen Bereiche gibt, bei denen die Kirchen eine positive Rolle spielen. So wünschen sich 60 Prozent eine kirchliche Beerdigung. Doch zeigt sich hier eine Spaltung der Gesellschaft. Wer noch einer Konfession angehört, wünscht sich auch die entsprechende Beerdigung, wer keiner Konfession mehr angehört, möchte auch nicht kirchlich beerdigt werden. Dieser Befund spiegelt sich in den kirchlichen Statistiken wider. Fast alle verstorbenen Katholiken und Protestanten wurden 2006 auch kirchlich bestattet. Auch die Taufe ist innerhalb der Konfessionsgemeinschaften nach wie vor sehr weit verbreitet, während die Quote der kirchlichen Trauungen rückläufig ist.<sup>1</sup>

Dieser – wie auch andere Indikatoren – sprechen dafür, dass bei Konfessionslosen eine tatsächliche Entkoppelung und Entfremdung stattgefunden hat und eine Re-Konfessionalisierung hochgradig unwahrscheinlich ist. Sichtbar wird dies auch daran, dass 84 Prozent der Konfessionslosen ihr Elternhaus als wenig religiös einstufen, also schon keine religiöse Grunderfahrungen gesammelt haben, die leicht reaktiviert werden können.

Das „C“ hat für die Anhänger der Union eine größere Bedeutung als für die Anhängerschaften anderer Parteien. Somit haben sie auch spezielle Bedürfnisse hinsichtlich des „C“ an die Partei. Doch ist die Bedeutung für die Wahlentscheidung rückläufig wie dies auch für andere sozialstrukturelle Merkmale gilt.

Eine anti-christliche, anti-religiöse oder gar eine radikal atheistische Weltanschauung ist nicht für die Gesellschaft prägend. Auch wenn der konkrete Bezug zur Religion nachlässt, sind die Grundlagen des christlichen Menschenbildes und der Weltanschauung nicht verloren.

1| *Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 2008, S.389 f.*

## DIE AUTORIN

*Dr. Viola Neu wurde 1964 in Ludwigshafen/Rhein geboren und ist seit 1992 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie studierte Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht und Neuere Deutsche Philologie in Mannheim. Bis Mai 2000 war sie Leiterin der Abteilung Empirische Politikforschung, danach Leiterin des Teams Politische Kommunikation, Meinungs- und Parteienforschung und seit 2011 Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.*

## ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Viola Neu  
Leiterin Team Empirische Sozialforschung  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
10907 Berlin  
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 06  
E-Mail: viola.neu@kas.de*